

76. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. März 1954

146/J

A n f r a g e

der Abg. K i n d l, Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend Wiedererrichtung des Bezirksgerichtes in Marchegg.

-.-.-

Die unmittelbar an den Grenzen gelegenen Orte Niederösterreichs sind durch die Teilung Europas in eine westliche und eine östliche Hälfte besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Sie bedürfen daher eines ganz besonderen wirtschaftlichen und kulturellen Schutzes, da die Bevölkerung dieser Gebiete durch die ständige Bedrohung unter ganz besonders drückenden Bedingungen lebt. Eine Reihe von Maßnahmen seitens der Behörden, die den Grenzort Marchegg betrafen, lassen die Vermutung aufkommen, daß sich die Behörden dieser Verpflichtung nicht immer bewußt und über die Bedeutung einer wirtschaftlich gefestigten Grenzbevölkerung keineswegs im klaren sind. Unsere Mitbürger, die gezwungen sind, an den Grenzen unseres wehr- und schutzlosen Landes zu leben, sind darüber besonders verbittert, weil sie durch solche Akte sich gleichsam aufgegeben vorkommen. Die wirtschaftliche Struktur Marcheggs ist abgestimmt auf die Landbevölkerung, die an Amtstagen ihre Bestellungen und Einkäufe tätigt.

Die endgültige Stilllegung des Bezirksgerichtes Marchegg bedarf daher unter vorstehenden Gesichtspunkten einer neuerlichen Überprüfung und Würdigung. Darüber hinaus ist auch vom Standpunkt der Unmittelbarkeit der Recht-sprechung und des Vertrauens der ländlichen Bevölkerung in die Recht-sprechung und Rationalisierung des Bezirksgerichtes von jeder Zusammenlegung unter dem Titel der Verwaltungsvereinfachung zu warnen, da die Bezirksgerichte nur dadurch ihrer Aufgabe gerecht werden können, wenn sie in ständigem Kontakte mit der Bevölkerung stehen. Dies erscheint im Falle Gänserndorf nicht mehr gegeben, da einzelnen Richtern nicht einmal

77. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. März 1954

alle Orte ihres Gerichtsbezirkes geläufig sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Wunsche der Marchegger Bevölkerung nachzukommen und das Bezirksgericht Marchegg aus vorstehenden Gründen wieder einzurichten ?
